



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 20. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Januar 2019, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Soziale Komponente in der Europaförderung</b>	<b>4</b>
	Berichterstatter: Heiko Naß, Landespastor hierzu: Umdruck 19/343	
<b>2.</b>	<b>Bericht über den Besuch von der Direktorin der Kaliningrader Gebietsduma</b>	<b>7</b>
<b>3.</b>	<b>Bericht über die Arbeitsgruppensitzung der BSPC in Kiel im Dezember 2018</b>	<b>9</b>
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## 1. Soziale Komponente in der Europaförderung

Berichterstatter: Heiko Naß, Landespastor  
hierzu: [Umdruck 19/343](#)

Herr Naß, Landespastor, führt in die Thematik ein und stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) die Europaarbeit des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein vor. Einleitend weist Herr Naß auf die anstehenden Europawahlen und auf die Diakonie-Charta für ein soziales Europa hin, die dem Ausschuss als Umdruck zur Verfügung stehe ([Umdruck 19/343](#)).

Frau Scheer, die europasozialpolitisch Verantwortliche der Diakonie, führt in die Projektarbeit anhand der Präsentation ein. Über die Förderpriorität 3 - Non-technical Innovation - habe die Diakonie überhaupt erst Zugang zu Förderprojekten erhalten können. Sie plädiert dafür, diese Förderpriorität auch in der kommenden Förderperiode zu erhalten. Kurz erläutert Frau Scheer die Zielsetzungen der unterschiedlichen Projekte. Zu den im Rahmen der Projekte entstandenen kleineren Projekte verweist sie auf die Micro-Projekt-Broschüre, nennt einige Beispiele und empfiehlt die Internetseite des Projekts unter [sempre-project.eu](http://sempre-project.eu).

Von Abg. Poersch zu der Verbindung zu INTERREG befragt, legt Frau Scheer dar, dass die Fortsetzung der Förderung im Bereich der Non-technical Innovation wichtig sei, damit die genannten Projekte überhaupt in den Förderrahmen von INTERREG fielen.

Des Weiteren geht Frau Scheer auf das Projekt Mamba ein und stellt dessen Schwerpunkte vor. Ein Ansatz des Projekts Mamba sei, durch das Adressieren von Mobilitätsproblemen Herausforderungen im ländlichen Raum zu begegnen.

Herr Hannemann setzt die Erläuterungen zu der Präsentation fort und stellt mehrere kleinere Projekte vor. - Herr Naß weist darauf hin, dass der Binnenmarkt selbst und die Weiterentwicklung des Binnenmarkts nicht ausreichen würden, um das soziale Gefälle auszugleichen, das im europäischen Raum vorhanden sei. Soziale Innovation könne nachhaltig dazu beitragen, nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Wirtschaftsfähigkeit in den einzelnen europäischen Staaten und Regionen zu stärken. Die angesprochenen Mikro-Projekte könnten auch

der Politik dabei helfen, Europa anschaulicher für die Menschen zu machen. Er spricht die Einladung an die Abgeordneten aus, an den transnationalen Konferenzen teilzunehmen. Kurz geht Herr Hannemann auch auf die Partnerschaftsarbeit mit den baltischen Diakonien ein. Herr Naß ergänzt, dass sich ein Projekt um die Kinder und Jugendlichen aus osteuropäischen Staaten kümmere, deren Eltern zum Beispiel im sogenannten grauen Pflegemarkt in Deutschland Pflegeleistungen übernähmen. Herr Hannemann geht noch auf das Projekt Dialog ein, für das man sich mit den anderen Diakonien der Nordkirche zusammengetan habe und das Projekte im Ostseeraum miteinander vernetze. Die Idee sei, dass die entstandenen Netzwerke auch über die Projektlaufzeit hinaus Bestand hätten.

Abschließend weist Frau Scheer auf die Vorteile transnationaler Kooperation hin und unterstreicht, dass neben der europäischen und regionalen Ebene natürlich das Diakonische Werk auch auf Bundesebene aktiv sei und Mittel einwerbe. Zuletzt erwähnt sie die Bedeutung der Kofinanzierungsanteile, die in der nächsten EU-Förderperiode nicht gekürzt werden dürften.

Abg. Poersch hebt die auch aus ihrer Sicht hohe Bedeutung hervor, das soziale Gefälle in Europa zu reduzieren. Sie interessiert sich für die unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme und fragt, inwieweit diese einen Einfluss auf die Zusammenarbeit innerhalb der Förderprogramme habe. - Herr Hannemann legt dar, dass man sich vor einigen Jahren mit dieser Frage intensiver beschäftigt habe. Ein Problem im sozialen Bereich sei, dass es keine kostendeckenden Preise für soziale Angebote in bestimmten Bereichen gebe. Er erläutert dies am Beispiel einer Suchthilfeeinrichtung in Litauen. Das Angebot könne nur aufgrund von Spenden und Fördermitteln aufrechterhalten werden, einen Zustand, den man an vielen Stellen beobachten könne.

Herr Naß ergänzt, dass das Projekt Sempre gleichzeitig sehr konkret durch die Mikro-Projekte wirksam werde, gleichzeitig handle es sich dabei auch um ein Strukturprojekt. An einigen Stellen beobachte man Paradigmenwechsel - von der regionalen Ebene auf die europäische Ebene zurück.

Zu dem von den Vortragenden angesprochenen Bereich des Abbaus der Bürokratie interessiert Abg. Andresen, ob es aus deren Sicht Beispiele gebe, an denen man Bürokratie konkret einsparen könne. - Frau Scheer spricht die Controlling-Runden in den INTERREG-Projekten an und regt an, die Nachfragerunden auf eine zu beschränken, bisher seien es mehrere. Sie weist darauf hin, dass bei INTERREG-Projekten insgesamt es so sei, dass alle Projektpartner

in Vorleistung gehen müssten. Diese Vorleistung sei eine große Herausforderung schon für deutsche Partner, für Partner in Osteuropa sei dies oft eine unüberwindbare Hürde, zumal auch ein Kofinanzierungsanteil gleich geleistet werden müsse. Sie bringt ihren Wunsch zum Ausdruck, eine in anderen Förderprogrammen praktizierte Lösung, zum Beispiel durch einen Abschlag, ins Auge zu fassen. Dies könne die Hürde für viele nicht Regierungsorganisationen senken, sich um Projektmittel zu bewerben. Herr Hannemann ergänzt, dass ebenfalls hilfreich sein könne, Pauschalierungsmöglichkeiten in der Abrechnung von Verwaltungsausgaben oder Kleinststummen vorzusehen.

Zu der Verbindung von Fundraising-Programmen auf internationaler Ebene durch Abg. Heine- mann befragt, legt Herr Hannemann dar, dass dieses Thema im Dialogprojekt aufgegriffen werde: Als fester Bestandteil jeder Jahreskonferenz sei dort das Thema Fundraising etabliert. Man versuche, die Partner zu befähigen auf die Fundraising-Schiene zu gehen. Ein wichtiges Anliegen sei, dort die Fähigkeit zum Einwerben von Mittel zu schaffen und auch Möglichkeiten aufzuzeigen. Die Bedeutung von Fundraising lasse sich auch dadurch erklären, dass Projekt- förderung irgendwann ein Ende erreiche und dann die Projektpartner auf das Einwerben zu- sätzlicher Mittel angewiesen seien. Er legt dar, dass durch die Öffentlichkeitsarbeit eine Stif- tung aus Nordrhein-Westfalen auf die Diakonie zugegangen sei mit der Frage, ob man von- seiten der Diakonie ein Projekt im Baltikum als Empfänger für Stiftungsmittel vorschlagen wolle. Frau Scheer ergänzt, dass durch die Teilnahme am Sempre-Projekt die Projektpartner ihrem Eindruck nach mutiger, auch an anderen Förderungsprojekten teilzunehmen.

Vom Vorsitzenden auf die Parlamentspartnerschaft mit Kaliningrad und weitere Kooperationen angesprochen, führt Herr Naß aus, dass es keine solchen Projekte mit dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein gebe. Die Begleitung finde über den hamburgischen Landesverband und die Bischöfin statt, er sei gerne bereit, Kontakte herzustellen.

## **2. Bericht über den Besuch von der Direktorin der Kaliningrader Gebietsduma**

Landtagsdirektor Dr. Schliesky berichtet, dass kurz vor Weihnachten ein nicht ganz offizieller und kurzfristig angekündigter Besuch der Direktorin der Kaliningrader Gebietsduma in Schleswig-Holstein stattgefunden habe. Anlass sei das 20-jährige Jubiläum des Partnerschaftsabkommens zwischen Landesregierung und der Gebietsduma beziehungsweise das Partnerschaftsmemorandum zwischen dem Landtag und der Gebietsduma gewesen. Von der Direktorin der Kaliningrader Gebietsduma sei der Wunsch überbracht worden, das Abkommen zu beleben, was man freudig aufgenommen habe, insbesondere bestehe das Anliegen, Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Es sei ebenfalls der Wunsch geäußert worden, das Jubiläum vorzuziehen und schon 2019 zu begehen, einerseits aufgrund der Bedeutung der Regierung in Kaliningrad, die dort im Mittelpunkt stehe, darüber hinaus aber entspreche es wohl auch dem Wunsch der Zentralregierung in Moskau. Aus dem Gespräch habe eine Einladung für den 29. April 2019 resultiert, an diesem Datum feiere die Gebietsduma ihr 25-jähriges Bestehen. Die Einladung sei für eine Delegation ausgesprochen worden, der Landtagspräsident habe seine Bereitschaft bekundet, eine entsprechende Delegation anzuführen. Ebenfalls sei während des Gesprächs die Anregung gemacht worden, die wechselseitigen Hospitationen wieder aufzunehmen, die es in den Anfangsjahren als durchaus intensiven Austausch von Abgeordneten zwischen den beiden Parlamenten gegeben habe. Über die Dauer etwaiger Hospitationen müsse man sich verständigen. Jeder Landtag müsse die vor Ort entstehenden Kosten für den Aufenthalt tragen. Insgesamt wünsche man sich vonseiten Kaliningrads eine Reaktivierung der Kontakte und eine möglichst breite, auch gesellschaftliche Basis. Vonseiten Schleswig-Holsteins habe man angeregt, eventuell Immanuel Kant als verbindendes Element zu nutzen, was auch gegebenenfalls einen universitären Austausch ermöglichen könne.

Der Vorsitzende hebt den unschätzbaren Wert für beide Seiten hervor, in den gegenseitigen Austausch zu treten und auch den Kolleginnen und Kollegen aus Russland einen Einblick zu geben wie Parlamentarismus in Schleswig-Holstein funktioniert.

Abg. Poersch weist auf die ursprünglichen Planungen hin, sich das Memorandum noch einmal vorzunehmen und zu evaluieren. Auch wenn ihr bewusst sei, dass 2020 das Datum des Jubiläums der Partnerschaft zwischen den Parlamenten sei, werde sie sich einer Feier 2019 nicht verschließen. Sie plädiert jedoch dafür, sich über den Zeitpunkt einer Evaluation des Memorandums zu verständigen.

Abg. Andresen legt dar, dass ihn die Änderungen des Zeitplans etwas irritierten, dies sei aus seiner Sicht jedoch kein K.-o.-Kriterium. Zur Durchführung von Hospitationen regt er an, diese thematisch einzubetten.

Auch aus seiner Sicht - so legt Dr. Schliesky auf die Anmerkungen von Abg. Poersch eingehend dar - sei es sinnvoll, sich noch einmal mit dem Memorandum zu beschäftigen. Der Besuch in Kaliningrad könne eine gute Gelegenheit sein, den Prozess der Überarbeitung anzustoßen und entsprechende Verabredungen von Angesicht zu Angesicht zu treffen. Dort könne man einen Akzent setzen und auf das hinwirken, was der Landtag erreichen wolle. Die in Schleswig-Holstein gewünschten Schwerpunkte der zukünftigen Zusammenarbeit könnten bereits in Kaliningrad diskutiert werden.

Abg. Waldinger-Thiering plädiert dafür, die Reise als Ausschussreise durchzuführen. Aus ihrer Sicht sei wichtig, möglichst schnell einen Termin für die Reise festzulegen.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, die Einladung nach Kaliningrad anzunehmen und als Ausschussreise durchzuführen. Er unterstütze auch die Idee der Hospitationen und plädiert dafür, dies zu organisieren. Ziel könne eine einmal im Jahr durchzuführende Hospitation sein. Ein Gespräch über die Weiterentwicklung des Memorandums am Rande des Besuchs der Delegation beziehungsweise des Ausschusses in Kaliningrad halte er für sinnvoll. Er spricht die Überlegung an, im Jahr 2020 gegebenenfalls eine gemeinsame Ausschusssitzung der Europaausschüsse aus Schleswig-Holstein und Kaliningrad durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.



### **3. Bericht über die Arbeitsgruppensitzung der BSPC in Kiel im Dezember 2018**

Abg. Andresen legt dar, dass es sich um eine gut besuchte Working-Group-Sitzung mit Mitgliedern der BSPC aus vielen Ostseeanrainerstaaten gehandelt habe. Auch die Nachbarbundesländer Schleswig-Holsteins seien stark vertreten gewesen. Inhaltlich sei ein Schwerpunkt gewesen, unterschiedliche Projekte zum Themenfeld Migration aus Schleswig-Holstein den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Staaten näherzubringen. Kurz nennt er die vorgestellten Projekte. Interessant sei die Diskussion zu den Projekten gewesen, die auch vor dem Hintergrund der Migrationspolitik der unterschiedlichen Staaten geführt worden sei. Er regt an, sich zukünftig bei in Kiel durchgeführten BSPC-Arbeitsgruppensitzungen darüber Gedanken zu machen, wie sich der Europaausschuss und dessen Mitglieder stärker daran beteiligen können. Das gelte auch für die Durchführung von entsprechenden Sitzungen in den Nachbarländern.

Abg. Hamerich schlägt vor, zu Arbeitsgruppensitzungen, bei denen Schleswig-Holstein Gastgeber sei, die europapolitischen Sprecher der Fraktionen insgesamt einzuladen.

Abg. Poersch spricht sich dafür aus, eine entsprechende Verabredung im Europaausschuss zu treffen, die Teilnahme möglichst zu erhöhen, und diese auch nach außen zu kommunizieren.

Mit einem Dank des Vorsitzenden für die Organisation der Arbeitsgruppensitzung schließt der Ausschuss seine Beratungen ab und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **4. Verschiedenes**

Abg. Poersch berichtet unter Verschiedenes zu der vom Ausschuss der Regionen verfassten Stellungnahme, in der sich der Ausschuss klar zum Geltungsbereich und zur Ausstattung des INTERREG-Fonds positioniert habe.

Der Vorsitzende weist auf die am 18. März 2019 durchzuführende internationale Anhörung zur Digitalisierung in Berlin hin. - Abg. Hamerich regt an, auch Abg. Holowaty zu der Veranstaltung zu entsenden. Das biete sich auch deswegen an, da Abg. Holowaty Mitglied des Europaausschusses sei. - Abg. Poersch spricht sich dafür aus, Abg. Dr. Dunckel und Abg. Holowaty nach Berlin zu entsenden. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Abg. Heinemann kündigt an, in einer der nächsten Europaausschusssitzungen gemeinsam mit dem Abgeordneten Hansen einen Bericht über seine Mitgliedschaft im E-Health-for-Regions-Netzwerk abzugeben.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer